Europäische Familienpolitik als Aufgabe [Max Wingen]

Autor(en): **Burckhardt, Bernhard L.**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Familienforschung Schweiz : Jahrbuch = Généalogie suisse : annuaire = Genealogia svizzera : annuario**

Band (Jahr): **- (1999)**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag leisten. Als Allgemeinhistorikerin hätte man sich da und dort eine konkretere quellenmässige Dokumentation gewünscht und dafür gerne etwas feministisch-methodisch-theoretischen Ballast abgeworfen. Der Umstand, dass es sich beim vorliegenden Buch um die Druckfassung von Regina Weckers Habilitationsschrift handelt, mag indessen rechtfertigen, warum sie der Grundsatzdiskussion um Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Einleitung breiten Raum gewährt. Unumwunden verbindet die Autorin politische Aussagen mit ihrer Arbeit. In der Tat reichen die Wurzeln mancher aktueller frauenpolitischen Themen in den untersuchten Zeitraum zurück: die Mehrfachbelastung einer heute freilich nicht unbedingt aus ökonomischen Gründen erwerbstätigen Ehefrau und Mutter oder die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Mehrheitlich von Frauen geleistete Gratisarbeit wird nach wie vor nicht als der Lohnarbeit gleichwertig anerkannt. So ist man Regina Wecker dankbar dafür, dass sie den Begriff Arbeit auf das ganze breite Spektrum weiblicher Tätigkeiten ausgedehnt wissen will. - Es ist auch zu hoffen, dass der Frauenaspekt vermehrt in die genealogische Forschung integriert wird.

Barbara Stüssi-Lauterburg, 5210 Windisch AG

Max Wingen: **Europäische Familienpolitik als Aufgabe**. Aus "Kirche und Gesellschaft", Heft 249. J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln 1998, 16 S.

Im Rahmen der politischen Integration der EU wird in der Revision des Maastricher Vertrages von Amsterdam vom Sommer 1997 wohl der Gleichberechtigung von Mann und Frau gebührend Rechnung getragen, doch vermisst der Autor eine entsprechende Gewichtung einer übernationalen, europäischen Familienpolitik. Lediglich in der Präambel des Vertrages werden die sozialen Grundrechte der Europäischen Sozialcharta angesprochen. Nach wie vor wachsen 70 % bis 80 % der Kinder in Familien auf, und die Familie ist weiterhin unersetzlich für die Entwicklung des Einzelnen wie des Staates. Um diese Funktion zu erhalten ist eine Familienpolitik nötig, die über die rein finanzielle Unterstützung und Förderung hinausgeht, auch wenn dies heute den wichtigsten Punkt darstellt. In den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen Unterschiede in der Familienpolitik, am deutlichsten zwischen Nord und Süd, indem einerseits

eher die Familie als Ganzes oder das Interesse der einzelnen Familienmitglieder stärker gewichtet wird. Noch immer sind unter anderem die Sozialwerke national und könnten so zu einem Instrument der unkontrollierten Einkommensumverteilung in Europa werden. Um solche Divergenzen zu überwinden, ist zunächst ein kontinuierlicher Informationsaustausch anzustreben, wo dann mittelfristig jeweilen Handlungsbedarf ausgemacht werden kann. Auch wenn die Familienpolitik wohl wegen einer in allen Ländern zu schwachen politischen Lobby vernachlässigt worden ist, hofft der Autor, dass die Bedürfnisse der Familie in einer späteren Runde besser berücksichtigt werden, ist doch von den beteiligten Staatschefs schon mehrfach unterstrichen worden, dass in der EU den sozialen Aspekten die gleiche Bedeutung wie den wirtschaftlichen beizumessen sei.

Bernhard L. Burckhardt, 4052 Basel